herabzusetzen, sowie die Einzelgenerale am 1. April sofortig aufzuheben und ebenso die Vice- und Zeugfeldmeister zu beseitigen, mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Das Etatgesetz wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

In der folgenden Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof trat der Demokrat Brodauf für die

Beibehaltung dieses Schandgerichts

ein. Gegen die Stimmen der Demokraten wurde die Aufhebung des Staatsgerichtshofes beschlossen.

Das Sperrgesetz gegen Güterauflösung der Fürstenhäuser wurde angenommen. Eine kommunistische Entschließung gegen Braun wegen seiner arbeiterfeindlichen Haltung wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag, den Reichstag am 15. April wieder einzuberufen. Der Reichstag vertagte sich dann bis zum 27. April.

Diese letzte Sitzung des Reichstages ist für die Arbeiterschaft von besonderer Bedeutung. Die Haltung der SPD. muß klar erkannt werden. Diese Partei, die außenpolitisch schon immer die stärkste Stütze der Luther-Regierung war, ist jetzt auch innenpolitisch offen an die Seite dieser Regierung geschwenkt. Die Verteidigung des Vorstandes der SPD. durch den linken Sachmann im Sächsischen Landtag erfährt dadurch eine besondere Beleuchtung.

Kommunistische Erklärung zur Schlußabstimmung über den Luther-Etat

Bei der Schlußabstimmung über den Reichshaushalt im Reichstag am Sonnabend gab Genosse Stöcker im Namen der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Die kommunistische Fraktion lehnt den Etat ab, da er in seinem ganzen Aufbau einen Etat zur Sicherung und Aufrechterhaltung der kapitalistischen Klasse und zur Niederhaltung und Ausbeutung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Kleinbauern und weiter Kreise des Kleinbürgertums darstellt, zugunsten der kleinen Schicht, der die deutsche Republik beherrschenden Klasse.

Besonders hat die Regierung Luther-Stresemann-Geßler-Brauns-Külz die arbeiterfeindliche Politik des Kabinetts Luther-Schiele fortgesetzt. Unter dem Schutze dieser Regierung festigte sich die monarchistische Reaktion im Staatsapparat, in Reichswehr, Polizei, Justiz und Schule immer mehr, so daß diese Elemente immer frecher auftreten und eine immer größere Gefahr werden. Die Klassenjustiz dieser Regierung spottet jeder Beschreibung. Alle ihre Polizeimaßnahmen sind gegen die arbeitenden Massen gerichtet. Ihr offenes Eintreten für die unverschämten Fürstenforderungen steht in schroffstem Widerspruch zur Meinung der übergroßen Mehrheit des Volkes. Die von der Regierung geförderte Sabotage des Volksbegehrens und die beabsichtigte Sabotage des Volksentscheids muß den einmütigen Protest des gesamten deutschen werktätigen Volkes hervorrufen. Unter der Protektion des Reichskanzlers Luther finden offene reaktionäre Diktaturpläne immer günstigeren Boden. Die geplante Verschlechterung des Wahlrechts ist ein erster Vorstoß zur Aenderung der Verfassung im reaktionären Sinne. Das bevorstehende Reichsschulgesetz soll der kirchlichen Reaktion die Bahn freimachen.

Die arbeiter- und beamtenfeindliche Sozial- und Lohnpolitik des Luther-Kabinetts hat die Notlage der Arbeiter, Beamten und Kleinbauern noch weiter gesteigert. Jede Erhöhung der Hungerlöhne und Gehälter der Arbeiter und unteren und mittleren Beamten wird von dieser Regierung schroff bekämpft. Bei fast allen wirtschaftlichen Kämpfen zwischen Arbeitern und Unternehmern stellte sich der reaktionäre Arbeitsminister Brauns gegen die Forderungen der Gewerkschaften. Weiterer Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit, weitere Beseitigung des Achtstundentages ist das Programm dieser Regierung, die durch ihre kapitalistische Wirtschaftspolitik die Verantwortung für das ungeheure Arbeitslosenheer und dessen Elend trägt.

Der Zollraub des vergangenen Jahres soll noch vergrößert und verschlimmert werden.

Die von Reinhold durchgeführte Steuersenkungsaktion bedeutet ein unerhörtes Millionengeschenk für die Besitzenden. 150 Millionen Vermögenssteuer und 28 Millionen Kapitalverkehrssteuer werden der Bourgeoisie geschenkt. Die Massenverbrauchssteuern bleiben bestehen. Die lächerlich geringe Senkung der Umsatzsteuer bringt keine Preissenkung, sondern einen Extragewinn von 300 Millionen an die Kassen der Unternehmer. Mit der Zustimmung zu diesem Steuerkompromiß setzt die Sozialdemokratie ihre alte Politik fort, gemeinsam mit den bürgerlich-kapitalistischen Parteien die arbeitenden Massen zu belasten.

Außenpolitisch setzt die Regierung den verhängnisvollen Kurs der Dawespolitik, der Unterwerfung unter den britischen Imperialismus und der kapitalistischen Völkerbundspolitik gegen die Sowjetunion fort, in der Absicht, unter politischen Phrasen eine neudeutsche imperialistische Politik einzuleiten. Die Phrasen sind nur Deckmantel für seine Politik der Friedensaußenpolitik Luthers und Stresemanns ist keine Politik des Friedens, sondern die bewußte Vorbereitung neuer imperialistischer Kriegskonflikte.

So trecht das jetzige Kabinett Luther in jeder Hinsicht eine arbeiterfeindliche Politik. Schärfste Kampfansage der gesamten Arbeiterklasse ist deshalb die selbstverständliche Pflicht. Die sozialdemokratische Fraktion übernimmt mit ihrer Zustimmung zu diesem Etat des Schwerkapitals und der Großagrarier die volle Verantwortung für die arbeiterfeindliche Politik dieses Kabinetts und setzt sich damit in schroffen Gegensatz zum Willen ihrer proletarischen Anhänger, die immer stärker die Forderung der proletarischen Einheitsfront zum Kampf gegen die Luthermegierung und die Unternehmeroffensive erheben.

Die kommunistische Fraktion lehnt diesen Luthermetat ab und ruft das gesamte werktätige Volk zum Kampfe gegen diese Regierung, zur Auflösung des Reichstages und Beseitigung dieser Regierung auf.

Fort mit der Regierung Luther!
Fort mit diesem Reichstag!"

Achtung! Rußlandnummer!

Sonder-Ausgabe der „Arbeiterstimme". Am Donnerstag, den 8. April, erscheint eine Sonder-Ausgabe mit Rußlandberichten des jetzt zurückgekehrten abessinischen Delegierten Genossen Werner.

Sorgt für weiteste Verbreitung!

Bestellungen richtet jetzt schon an die Expedition der „Arbeiterstimme", Güterbahnhofstraße 2.

Ausschluß der 23

Berlin, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Ortsgruppe Plauen der SPD. verlangt in einem Brief an den Parteivorstand in Berlin nach § 28 des Reichsorganisationsgesetzes sofortigen Ausschluß der sächsischen Landtagsabgeordneten, die gegen den Auflösungsantrag gestimmt oder die bei der Abstimmung gefehlt haben. Wir haben am Sonnabend schon in einem Artikel darauf hingewiesen, daß es mit einer Aufforderung an den Parteivorstand nicht getan sein wird.

Friedensmieten am 1. Juli

Die Koalitionsregierung in Sachsen hat für heute vormittag um 11 Uhr den Zwischenausschuß zur Besprechung einer Notverordnung über die Mieterhöhung und die Aenderung der Mietzinssteuer einberufen. Nach dem Vorschlag, den die Regierung in der Verordnung unterbreitet, soll im April keine Erhöhung der Mieten eintreten. Im Mai sollen 82 Prozent, im Juni 97 Prozent und vom 1. Juli 100 Prozent Friedensmiete erhoben werden. Wie die Verhältnisse liegen, werden die Koalitionsparteien zustimmen. So daß trotz des Beschlusses im Reichstag Friedensmiete erst am 1. April 1927 zu erheben, im „roten" Sachsen die Erhebung in ein paar Monaten erfolgt.

Heraus aus den Mordorganisationen!

Essen, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus Essen wird berichtet, daß in der dortigen Ortsgruppe des Stahlhelms starke Zersetzungserscheinungen vorhanden sind. Die Mitgliederzahl geht reißend zurück. Am 20. d. Mts. sind verschiedene Ausschlüsse erfolgt, weil verschiedene Stahlhelmmitglieder sich an der Demonstration für die Fürstenenteignung beteiligt haben. In einem Brief an unser Essener Bruderorgan schreibt ein früheres Mitglied des Stahlhelms Max Ay: „Weil ich erkannt habe, daß der Stahlhelm eine klassenfeindliche Organisation im Dienste des Schwerkapitals ist, erkläre ich meinen Austritt aus dieser Faschistenorganisation und rufe euch den anderen irregeleiteten Arbeitern zu, ebenfalls so zu handeln. Meinen ehemaligen Kameraden rufe ich zu, sich in die rote Front der Arbeiterklasse einzureihen. Max Ay."

Nizinus: ein neues kommunistisches Kampfmittel!

Sonnabend läßt sich die „Deutsche Zeitung" aus Leipzig melden, daß beim Empfang Hindenburgs in Leipzig ungefähr 400 Schupobeamte keinen Dienst tun konnten, weil — nun weil der Verdauungsprozeß bei ihnen mit unerhörter Geschwindigkeit vor sich ging! Ein kommunistisch verseuchter „Küchenbulle" soll die Sache angerührt haben.

Wutschnaubend fordert die „Deutsche Zeitung":

„Auf jeden Fall scheint es dringend erforderlich, mit größter Schärfe durchzugreifen und die Schutzpolizei von derartigen gefährlichen kommunistischen Elementen zu säubern, da ja, wie an diesem Beispiel bewiesen worden ist, die Schutzpolizei jederzeit vollkommen lahmgelegt werden kann. Was das aber bei größeren Unruhen zu bedeuten hätte, erübrigt sich hinzuzufügen."

Stellt euch das illustriert vor! Die Schupo, statt hungernde Arbeitslose den Gummiknüppel zu schwingen, muß plötzlich abtreten, „Waldmeister suchen"!

Ja, ja, was sind die Kommunisten doch für verteufelt schlaue Burschen, jetzt agitieren sie nicht mehr unter den Schupobeamten, jetzt führen sie nicht mehr den Klassenkampf, sondern führen ihn

Kommunistenhatz in der bayrischen Ordnungszelle

München, 29. März. (Eig. Drahtber.) Ende voriger Woche wurde eine Zellengruppenversammlung der Kommunistischen Partei in München-Haidhausen durch die Polizei aufgehoben. Die Versammlung war von 45 Genossen besucht, während die Polizei mit 25 Kriminalbeamten und 50 Beamten der blauen Polizei anrückte. Die Versammlung sollte nicht weitertagen. Es wurde Genosse Bolze-Berlin, der an dieser Versammlung im Auftrage des JK. teilnahm, verhaftet. Dieses Vorgehen der Polizei entspringt der maßlosen Wut über die kommunistische Agitation während dem Volksbegehren und über die in den letzten Wochen gemachten Enthüllungen über das Treiben der Putschisten und Frankenfälscher.

Die Schuldigen an dem Unglück in Oberhausen

Berlin, 29. März. (Eigener Drahtbericht.) Gleich nachdem sich auf der Zeche Oberhausen 1/2 der Gute-Hoffnung-Hütte das schwere Förderunglück ereignet hatte, begab sich der kommunistische Abgeordnete Sobottka an Ort und Stelle. Genosse Sobottka machte folgende Ermittlungen: Das Unglück, das 12 Tote und 31 Verletzte zur Folge hatte, ist lediglich auf das Antreibersystem zurückzuführen. Die ersten Meldungen, die der Sprecher, daß die Kettenstange gebrochen sei, waren irrig. Die Schäden in der Maschinerie sind erst durch den Anprall des einen Korbes entstanden. In Wirklichkeit ist das Unglück auf Ueberlastung eines Korbes und auf zu schnelles Anfahren zurückzuführen. Entgegen den bergpolizeilichen Vorschriften, die als Höchstsicherung für einen Korb 40 Personen zulassen, wurde in dem verunglückten Korb 43 Mann. Um so rasch als möglich die Bergleute zu befördern, hatte der Fördermaschinist außerdem den Fahrtregler (Sicherungsapparat), der bei dem Ueberschreiten der Höchstgeschwindigkeit die Bremse selbständig in Funktion setzen soll, abgestellt. Der Korb geriet in zu schnelles Tempo und der Fördermaschinist verlor die Gewalt über die Maschine. Wäre der Fahrtregler nicht abgestellt gewesen, so wäre das Unglück zumindest nicht so schwer geworden. Die Zechenkapitalisten und die Behörden werden nun wieder ein Geschrei über die Leichtfertigkeit der Bergleute und der Bedienungsmannschaften anstimmen. In Wahrheit jedoch werden die Fördermaschinisten geradezu gezwungen, die Vorschriften außer acht zu lassen. Die Zechenverwaltungen fordern außerdem, daß die Bergleute in unmöglich kurzer Zeit in die Schächte befördert werden, so daß die Körbe immer übermäßig vollgepfropft werden. Im Interesse des Profits der Großkapitalisten setzen die Steiger trotz Verletzung der Vorschriften nicht nur zu, sondern sie pfeifen die Mannschaften zu immer größerer Eile an. Fördermaschinisten, die sich weigern, diese Raserei mitzumachen, werden einfach entlassen. Aber trotz aller Todesopfer, die das Antreibersystem fordert, hat die preußische Regierung die Forderung der Kommunisten nach Grubenkontrolleuren immer wieder abgelehnt. Auch der Bergarbeiterverband hat diese Forderung nicht mit dem nötigen Nachdruck unterstützt.

Darum sind die preußische Regierung und die Führer des Bergarbeiterverbandes, sowie die SPD.-Fraktionen mitschuldig an dem neuen Unglück.

Kommunistischer Sieg in Paris

Paris, 29. März. (Telunion.) Das offizielle Ergebnis der Stichwahlen im zweiten Pariser Sektor ist folgendes: Die Kommunisten wurden gewählt, ihre nationalistischen Gegner wurden geschlagen. Duclos (Komm.) erhielt 63 236 Stimmen (gewählt), Fournier (Komm.) 63 126 Stimmen (gewählt), während die Vertreter des Nationalistenblockes Renaud nur 61 718 und De Kerillis 61 338 Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die von dem rechten Flügel der Radikalen aufgestellten Kandidaten erhielten etwa 7000 Stimmen. Das Wahlergebnis ruft in Paris großes Aufsehen hervor und wird lebhaft besprochen. Vor den Redaktionen der großen Zeitungen haben sich nach Tausenden zählende Menschenmengen eingefunden.

Das Ergebnis der Wahlen ist ein Zeichen für die gewaltige Erstarkung der kommunistischen Bewegung. Die Kommunisten haben die Hauptstadt des Landes im Wahlkampf erobert. Werden heute die Sozialdemokraten auch noch schreien, daß die KPD. in Frankreich tot sei?

Trauermarsch für Sozialdemokraten

Was brauchen wir —?

Von Theobald Tiger.

Als falsche Extrablätter riefen,
Da traten wir in Reihen an;
Und schrieben nur in Feldpostbriefen,
Was man doch laut nicht sagen kann.
Gewiß, wir waren Sozialisten
(Nach innen); in den Kompagnien
Gab's keine bessern Infanteristen —
Aus Disziplin.

Als Noskes Lümmel Blut vergossen,
Da schwenkten wir in Reihen ein;
Gewiß: da lagen die Genossen —
Wir drohten tapfer übern Rhein.
Wenn sie den Klassenkampf verpfuschten,
Auf ihren Sesseln in Berlin —;
Dann hielten wir das Maul und kuschten
Aus Disziplin.

Hat Vater Ebert uns verraten,
Hat Onkel Hörsing falschen Tritt,
Sind wir von Richtern und Soldaten
Zerstampft —
Wir machen immer mit.
So werden wir nach dreißig Jahren,
Besiegt, blamiert, verhaun, verschrien,
Getreulich in die Grube fahren.
Aus Disziplin.

Aus Disziplin.

Emanzipation der Arbeiterklasse

Die neue Gesellschaft steht in unversöhnlichem Widerspruch mit dem alten Staat . . . Wer die neue Gesellschaft will, hat daher vor allem auf Vernichtung des alten Staates hinzuwirken . . . .

Revolutionen werden nicht mit hoher obrigkeitlicher Erlaubnis gemacht, die sozialistische Idee kann nicht innerhalb des heutigen Staates verwirklicht werden, sie muß ihn stürzen, um ins Leben treten zu können. Kein Friede mit dem heutigen Staat. Und weg mit dem Kultus des allgemeinen und direkten Stimmrechts. Beteiligen wir uns nach wie vor energisch an den Wahlen, aber benutzen wir sie bloß als Agitationsmittel.

Es fällt mir nicht ein, den tatsächlichen Kampf bloß auf politischem Gebiet führen zu wollen; ich habe die Gewerkschaftsgenossenschaften schon im Jahre 1864 öffentlich befürwortet und seitdem mein möglichstes für ihre Organisation getan. Aber auch hier muß man stets das Endziel, das Prinzip im Auge behalten. Geschieht dies nicht, so kann im Ringen um materielle Vorteile, um höhere Löhne zu leicht vergessen werden, daß die ganze bürgerliche Produktionsweise umgestaltet, das ganze Lohnverhältnis abgeschafft werden muß.

Aus Wilhelm Liebknecht, Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie 1869.

Ein zweifaches Ideal hat mir von Jugend an vorgeschwebt: das freie und einige Deutschland und die Emanzipation des arbeitenden Volkes, das heißt die Abschaffung der Klassenherrschaft, was gleichbedeutend ist mit der Befreiung der Menschheit. Für dieses Doppelziel habe ich nach besten Kräften gekämpft und für dieses Doppelziel werde ich kämpfen, so lange noch ein Hauch in mir ist.

Wilhelm Liebknecht im Hochverratsprozeß 1872.

Wilhelm Liebknecht, Sohn eines Registrators (seine Vorfahren sollen bis zu Luther führen), verwaiste früh; von der Familie zur Beamtenlaufbahn bestimmt, besuchte er Gymnasium, dann Universität. Unter dem Eindruck des furchtbaren Schicksals seines Verwandten Pfarrer Weidig, der von der Metternichschen Reaktion zu Grunde gerichtet wurde, und der Schriften C. Simons, schließt er sich der radikal-demokratischen Bewegung an. 1847 Lehrer an der Fröbelschen Schule in Zürich. 1848 Freischärler bei den Bataillonen Herweghs in Paris, in Deutschland gefangen, von der Revolution befreit, flieht vor der wieder erstarkten Reaktion erst nach Genf und, anläßlich des Kongresses von Murten dort ausgewiesen, nach England, wo er sich eng an Marx anschließt, und mit ihm acht Jahre, zum Teil in bitterster Not, durchlebt. Anläßlich der Thronbesteigung Wilhelm I. amnestiert, kehrt er zurück, lebt in Berlin, dann in Leipzig, immer gehetzt von der Polizei, sich und seine Familie durch literarische Arbeit mühsam ernährend. Gründete 1869 zusammen mit Bebel die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die er seit 1874 im Reichstag, seit 1879 im Sächsischen Landtag vertrat. 1890 Redakteur des neuen „Vorwärts" in Berlin, 1872 mit Bebel wegen Hochverrats zu zwei Jahren Festung verurteilt, unternahm während des Sozialistengesetzes Agitationsfahrten nach England, Frankreich und Amerika, wurde siebzigjährig, noch einmal wegen „Majestätsbeleidigung" auf vier Monate ins Gefängnis gesperrt und starb am 7. August 1900 in Charlottenburg.

Lebenszeiten für Revolutionäre. Der Rat der Volkskommissare macht in der „Iswestija" bekannt, daß zur Erinnerung an die vor 45 Jahren ausgeführte Ermordung des Zaren Alexanders II. (am 1. März 1881) den heute noch lebenden Teilnehmern an der Mordtat lebenslängliche Pensionen von 225 Rubel monatlich von der Sowjetregierung ausgesetzt worden sind. Es leben noch acht von den an dem Attentat beteiligten Personen, denen damals die Todesstrafe durch lebenslängliche Zwangsarbeit erlegt worden war. Zu ihnen gehört u. a. die bekannte Revolutionärin Vera Figner, von der die Beschreibung des Attentats soeben in deutscher Sprache im Malik-Verlag erschienen ist.

Eine landwirtschaftliche Hochschule für die Ukraine. Auf Anregung des Bildungskommissars der Ukraine ist beschlossen worden, in Kiew eine landwirtschaftliche Hochschule zu gründen, die den Namen „Landwirtschafts-Akademie der Ukraine" führen soll. Ferner ist beschlossen worden, Aufforstungen in größerem Maßstab in mehreren ukrainischen Bezirken vorzunehmen. Einstweilen sind 20 000 Hektar dafür bestimmt worden.